

Mitteilung des Vorstands der Bremischen Bürgerschaft***Bericht von der 17. Ostseeparlamentarierkonferenz (Baltic Sea Parliamentary Conference, BSPC) vom 31. August bis 2. September 2008 in Visby, Schweden***

Die alljährlich stattfindende Ostseeparlamentarierkonferenz hat zum Ziel, die gemeinsame Identität des Ostseeraums durch eine enge Zusammenarbeit zwischen nationalen und regionalen Parlamenten zu stärken. Es sollen politische Aktivitäten in der Region initiiert, die demokratischen Institutionen in den Teilnehmerstaaten gestärkt sowie der Dialog zwischen Regierungen, Parlamenten und der Zivilgesellschaft verbessert werden. Die Ostseekooperation verstand und versteht sich als Klammer zwischen der Europäischen Union, Russland sowie den EFTA-Staaten Norwegen und Island. Vor diesem Hintergrund hat sich seit der EU-Erweiterung um die baltischen Staaten und Polen nichts verändert, soweit es um die Gleichberechtigung aller Mitglieder der Ostseeparlamentarierkonferenz geht. Inhaltlich sind neben der Stärkung der parlamentarischen Demokratie nach wie vor die Meerespolitik und die Lösung der ökologischen Probleme zentrale Herausforderungen.

An der diesjährigen Ostseeparlamentarierkonferenz hat für die Bremische Bürgerschaft neben der Vizepräsidentin Dr. Karin Mathes der Abgeordnete und Vorsitzende des Ausschusses für Angelegenheiten der Häfen im Land Bremen Martin Günthner teilgenommen. Deutschland insgesamt war vertreten durch Parlamentarier/-innen der Bundesländer Bremen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Schleswig-Holstein und des Deutschen Bundestages. Die deutsche Position koordinierte Franz Thönnies, der Leiter der Bundestagsdelegation in deren 16. Wahlperiode.

Die Konferenz hatte als Leitthema „Energieeffizienz und Klimawandel“. Sie verabschiedete die diesem Bericht beigefügte Resolution. Dieses Ergebnis spiegelt die Themen und mehrheitlichen Positionen der Konferenz wider. Neben dem Klimaschutz standen die Dauerthemen „Reinhaltung des Meeres“ und „Verbesserung der Sicherheit auf See“ sowie die soziale Entwicklung im Ostseeraum auf der Agenda, letzteres ein Themenfeld, das in jüngerer Zeit zunehmend an Bedeutung gewinnt.

Aufgrund der geografischen Lage als Nichtanrainerland der Ostsee sind im Land Bremen als bedeutender Hafenstandort vor allem die in diesen Bereich fallenden Aufforderungen der Resolution zu erbringen. Zu nennen sind insbesondere die maritime Sicherheit und die Bekämpfung der Umweltverschmutzung. Saubere und sichere Schiffe sind ebenso Grundvoraussetzung zur Erfüllung der mit der Resolution der Ostseeparlamentarierkonferenz international vereinbarten Forderungen wie die umweltfreundliche Ausgestaltung von Häfen, z. B. durch Landstromversorgung.

Christian Weber
(Präsident)

Anlage

Konferenz-Resolution angenommen durch die 17. Ostseeparlamentarierkonferenz

Weitere Informationsquellen

Baltic Sea Parliamentary Conference (BSPC)

www.bspc.net

Baltic Sea Region

www.balticsea.net

Council of the baltic sea states

www.cbss.st

HELCOM

www.helcom.fi

Nordischer Rat

www.norden.org

Ostseekooperation der Nichtregierungsorganisationen

www.cbss-ngo.de

Konferenz-Resolution

angenommen durch die 17. Ostseeparlamentarierkonferenz

Die Teilnehmer der Konferenz,¹⁾ gewählte Repräsentanten aus den Ostseestaaten, die sich vom 31. August bis 2. September 2008 in Visby, Schweden, versammelten,

um die Zusammenarbeit in der Ostseeregion, Klimawandel und Energieeffizienz, Energieversorgung und Versorgungssicherheit, Eutrophierung, maritime Politik und den Ostseeaktionsplan sowie Arbeitsmarktfragen und soziale Angelegenheiten zu erörtern,

wiederholen noch einmal ihre tiefe gemeinsame Besorgnis über den Zustand der terrestrischen Umwelt und der Meeresumwelt in der Ostseeregion und begrüßen den HELCOM-Ostseeaktionsplan als zentrales Instrument für die Wiederherstellung eines guten Zustands der Umwelt der Ostsee bis zum Jahr 2021,

fordern die Regierungen in der Ostseeregion, den Ostseerat und die EU auf,

im Hinblick auf die Zusammenarbeit in der Region

1. die Entwicklung einer EU-Strategie für den Ostseeraum in Betracht zu ziehen und sicherzustellen, dass diese Strategie mit den bestehenden Kooperationsformen in der Region, nämlich dem Ostseerat und der neuen Politik der nördlichen Dimension, abgestimmt wird, u. a. durch Maßnahmen zur Stärkung des Dialogs und der Koordinierung mit parlamentarischen Organisationen und Parlamentariern aus dem Ostseeraum;
2. die Koordinierung der Aktivitäten zwischenstaatlicher Akteure und anderer Interessenvertreter im Sinne einer umwelt- und finanzpolitischen Effizienz im Ostseeraum zu fördern und dabei die Entwicklung einer Arbeits- und Aufgabenteilung entsprechend den jeweiligen Zielen und Kompetenzen zu begünstigen;
3. die Arbeit von Nichtregierungsorganisationen in der Ostseeregion zu unterstützen, zu erleichtern und zu beachten, vor allem hinsichtlich der Stärkung des öffentlichen Bewusstseins für Fragen der Umwelt, des Klimawandels, des Arbeitsmarktes und sozialer Angelegenheiten, sowie für andere relevante Themen;

im Hinblick auf den Klimawandel und Energiefragen in der Ostseeregion

4. sich bei der Entwicklung von Strategien vor der 14. Vertragsstaatenkonferenz 2008 in Posen und der 15. Vertragsstaatenkonferenz 2009 in Kopenhagen abzustimmen und zusammenzuarbeiten, um dafür zu sorgen, dass von der Ostseeregion ehrgeizige Maßnahmen zur Minderung der vom Menschen verursachten CO₂-Emissionen gemeinsam unterstützt werden, indem
 - sie eine signifikante Reduzierung der CO₂-Emissionen bis zum Jahr 2020 empfehlen, so wie sie von der Ad-hoc-Arbeitsgruppe der Annex-1-Länder gemäß dem Kyoto-Protokoll auf der 13. Vertragsstaatenkonferenz der Klimarahmenkonvention auf Bali beschlossen wurde und
 - sie den Empfehlungen des Rates der Europäischen Union zur Erreichung einer signifikanten Reduzierung der Emissionen bis zum Jahr 2050 im Vergleich zu 1990 Folge leisten;
5. enger zusammenzuarbeiten, um die Anfälligkeit gegenüber den Folgen des Klimawandels zu verringern, die Fähigkeit zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels zu verbessern und die Fähigkeit zur Verhinderung und Bewältigung der negativen Folgen des Klimawandels (wie z. B. Naturkatastrophen und technisch bedingte Zwischenfälle) zu verbessern;
6. die Fähigkeit zur Unterstützung und Koordinierung der regionalen Energiekooperation im Ostseeraum bei der Entwicklung eines integrierten und optimierten regionalen Ansatzes zur Lösung der Energieprobleme in der Ostseeregion unter

¹⁾ Parlamente der Freien Hansestadt Bremen, Dänemarks, Estlands, Finnlands, der Bundesrepublik Deutschland, der Freien und Hansestadt Hamburg, Islands, Lettlands, der Region Leningrad, Litauens, Mecklenburg-Vorpommerns, der Region Murmansk, Norwegens, Polens, Föderationsrat der Bundesversammlung der Russischen Föderation, Staatsduma der Bundesversammlung der Russischen Föderation, Parlamente der Stadt St. Petersburg, Schleswig-Holsteins, Schwedens, der Åland-Inseln, Baltische Versammlung, Nordischer Rat, Parlamentarische Versammlung des Europarats, Parlamentarische Versammlung Nordwest-Russlands.

Berücksichtigung der verschiedenen Energiemix-Regelungen in den einzelnen Ländern der Region und der Möglichkeiten zur Entwicklung grenzüberschreitender Stromnetzverbindungen zu stärken;

7. den Bau und die stärkere Nutzung von Windkraftanlagen auf dem Festland und vor der Küste zu unterstützen, sowie die Investitionen für den Auf- und Ausbau neuer Drehstromversorgungsnetze zu erhöhen und die Entwicklung eines europäischen Höchstspannungs-Gleichstrom-Übertragungsnetzes zu fördern, um den Netzverbund in Europa zu verbessern;
8. die Schaffung eines Systems für den kombinierten Verkehr im Ostseeraum zu fördern, um Energie zu sparen und den Ostseeraum zu einer Modellregion in Europa zu machen;
9. Projekte zur Übertragung von Energie und Energieträgern zu unterstützen, mit denen die Umweltbelastungen für die Ostsee und die Störung der Umwelt minimiert sowie die Versorgungssicherheit erhöht werden kann, ohne die Sicherheit eines oder mehrerer Staaten in der Ostseeregion zu beeinträchtigen;
10. effektivere Maßnahmen zur Entwicklung von erneuerbaren Energien, Energieeffizienz und Energieeinsparungen in allen Bereichen in der Ostseeregion z. B. durch Technologie-Transfer, Forschung und Entwicklung sowie berufliche Bildung zu fördern und gleichzeitig Initiativen zur Nutzung der positiven Potenziale umweltfreundlicher Technologien in Bezug auf Forschung, Beschäftigung und Wirtschaftsentwicklung zu ergreifen;

im Hinblick auf den Ostseeaktionsplan und die integrierte Meerespolitik

11. sich voll und ganz für die Umsetzung des HELCOM-Ostseeaktionsplans und die Arbeit der Gruppe zur Umsetzung des Ostseeaktionsplans einzusetzen, z. B. durch uneingeschränkte Einhaltung der Ziele für die Reduktion von Nährstoffen in jeder Teilregion der Ostsee sowie durch die Ausarbeitung nationaler Aktionsprogramme, die spätestens auf der HELCOM-Ministertagung 2010 berücksichtigt werden sollten;
12. gemäß den Empfehlungen der 16. Ostseeparlamentarierkonferenz und der BSPC-Arbeitsgruppe Eutrophierung aktiv Maßnahmen gegen die Eutrophierung zu ergreifen, z. B. durch die Förderung von Forschung und konkreten Maßnahmen zur Bindung und Reduzierung von Phosphor in der Ostsee, sowie durch den Bau neuer Kläranlagen, die Förderung des Einsatzes phosphatfreier Waschmittel und die Minderung von Emissionen aus den Bereichen Landwirtschaft, Verkehr, Gewerbe und Haushalte;
13. konkrete Schritte zu ergreifen, um die Ostseeregion zur maritimen Modellregion Europas zu entwickeln, wobei die Meerespolitik als Teil eines umfassenderen Rahmens aus nachhaltiger Entwicklung, Umweltbelangen, Raumplanung und Sicherheit auf See sowie Intermodalität im Einklang mit der Meerespolitik der IMO (Seerecht) und der EU zu sehen ist;
14. die globalen Regelungen zur Sicherheit und zum Schutz der Meeresumwelt weiter zu unterstützen, um dadurch sicherzustellen, dass alle Schiffe, welche die Ostsee befahren, unabhängig von ihrer Flagge die gleichen hohen Sicherheits- und Umweltstandards erfüllen;
15. sicherzustellen, dass alle Staaten der Ostseeregion fortlaufend auf die Ratifizierung, sowie die wirksame Umsetzung und Durchsetzung bestehender IMO-Instrumente hinarbeiten;
16. die Schaffung eines IMO-Regelwerks – vorzugsweise schon im Jahr 2008 – zu unterstützen, mit dem ehrgeizige und verbindliche Regelungen zur Reduzierung der gesamten globalen CO₂-Emissionen von Schiffen eingeführt werden sollen;
17. angesichts der u. a. starken Zunahme von Öltransporten auf der Ostsee und der strengen winterlichen Witterungsbedingungen besonders im nördlichen Teil der Ostsee weiterhin konkrete und wirksame Schritte im Rahmen der IMO zu ergreifen, um für verbindliche Regelungen zur Sicherheit für die Schifffahrt und das Personal zu sorgen;
18. die Harmonisierung von Verkehrsleitdiensten (Vessel Traffic Services – VTS) in der gesamten Ostseeregion, sowie ein Programm für die sukzessive Entwicklung und Einführung eines satellitengestützten Systems zur Überwachung der Emissionen von Schiffen zu unterstützen;

19. die schrittweise Entwicklung einer landgestützten Stromversorgung für Fracht- und Passagierschiffe in Häfen im Hinblick auf die internationale Entwicklung zu unterstützen;

im Hinblick auf den Arbeitsmarkt und soziale Angelegenheiten

20. faire, klare und zugängliche Spielregeln für die Mobilität von Arbeitskräften, die Niederlassung von Unternehmen und die Erbringung von Dienstleistungen festzulegen, z. B. indem in Bezug auf die in den einzelnen Ländern geltenden Regeln und Vorschriften Transparenz geschaffen wird und indem das bereits bestehende Netz von Informationszentren in die nördlichen und östlichen Bereiche der Ostseeregion ausgeweitet wird;
21. die Zusammenarbeit im Bereich von Bildung und Wissenschaft für eine nachhaltige Entwicklung als Mittel zur weiteren Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der Ostseeregion weiter auszubauen;
22. weiter eine aktive Politik zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit, zur Harmonisierung der Berufsbildungsmaßnahmen und zur Stärkung des Dialogs zwischen den Sozialpartnern zu betreiben;

ferner

23. weiß es die Ostseeparlamentarierkonferenz zu schätzen, dass die Regierungschefs auf dem 7. Gipfel der Ostseestaaten am 4. Juni 2008 in Riga den engen und regelmäßigen Dialog zwischen dem Ostseerat und der Ostseeparlamentarierkonferenz, die vertiefte Zusammenarbeit und die Bedeutung einer Fortsetzung dieser Zusammenarbeit anerkannt haben;
24. begrüßt und unterstützt die Ostseeparlamentarierkonferenz den Text der Erklärung zur Reform des Ostseerates, in dem die Prioritäten der regionalen Zusammenarbeit im Ostseeraum dargelegt werden;
25. befürwortet die Ostseeparlamentarierkonferenz, dass die neuen langfristigen Prioritäten für die Zusammenarbeit im Rahmen des Ostseerates auch während der 18. Ostseeparlamentarierkonferenz berücksichtigt werden;
26. nimmt die Ostseeparlamentarierkonferenz mit Befriedigung den positiven Prozess des Dialogs und des Informationsaustauschs mit dem Ostseerat zur Kenntnis, sieht einer weiteren beiderseitigen Entwicklung des Dialogs mit Freude entgegen und ermutigt die Regierungen des Ostseerates, über den Ostseerat einen jährlichen Bericht zur Umsetzung der Resolutionen der Ostseeparlamentarierkonferenz vorzulegen;
27. bittet die Ostseeparlamentarierkonferenz den Ständigen Ausschuss, die Strukturen und Arbeitsmethoden der Ostseeparlamentarierkonferenz auf der Grundlage von Überlegungen, die im Rahmen des Erweiterten Ständigen Ausschusses angestellt wurden, zu überprüfen und zu bewerten, und der 18. Ostseeparlamentarierkonferenz 2009 darüber Bericht zu erstatten;
28. begrüßt die Ostseeparlamentarierkonferenz dankbar die freundliche Einladung des dänischen Parlaments, die 18. Ostseeparlamentarierkonferenz vom 31. August bis 1. September 2009 in Dänemark abzuhalten.